

Parl. Staatssekretär Peter Altmaier

- (A) Was nun das BMI angeht, so haben Sie, Herr Kollege Stadler, zu Recht gesagt, das BMI sei Ende November vom nordrhein-westfälischen Innenministerium über eine mögliche Beteiligung ehemaliger GSG-9-Beamter und ein laufendes Ermittlungsverfahren unterrichtet worden. Das BMI unterstützt seither die ermittlungsführenden Behörden der Länder vorbehaltlos. Wir werden alles tun, damit auf Landesebene die entsprechenden dienst- und strafrechtlichen Konsequenzen gezogen werden können.

Aber ich würde mir wünschen, dass auch Sie sagen, dass keine aktiven Bundespolizisten an diesen Maßnahmen beteiligt waren. Wir haben dies überprüft, und ich habe es im Innenausschuss vorgetragen. Dies ist eine ganz wichtige Feststellung. Soweit die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen ausgeschieden waren, liegt dies zum Teil 15 bis 20 Jahre zurück. Sie sind im Zeitraum von 1982 bis 1997 ausgeschieden, sie sind keine Beamten mehr und haben weder Bezüge noch Ruhestandsbezüge. Wenn heute vor dem Parlament geäußert worden ist, man müsse darüber nachdenken, auch in solchen Fällen unter Umständen Regeln aufzustellen und über den Export von Sicherheitsdienstleistungen zu reden, sage ich für das Bundesinnenministerium ausdrücklich, dass wir einer solchen Debatte offen gegenüberstehen und bereit sind, diese Debatte mit dem Parlament in den nächsten Wochen zu führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Hellmut Königshaus [FDP])

- (B) Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen letzten Satz, weil ich meine, dass wir auch dies in der Öffentlichkeit nicht im Unklaren lassen sollten: Das Bundesinnenministerium ist in der Öffentlichkeit einmal mit einem kritischen Soupçon genannt worden, als es darum ging, dass es Kontakte zwischen staatlichen Stellen und libyschen Behörden gegeben hat. Selbstverständlich hat es diese Kontakte gegeben. Diese Kontakte gibt es mit vielen Staaten der Welt, und dies dürfen wir in der öffentlichen Diskussion auch nicht tabuisieren. Es geht um Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland. Im Kampf gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Migration wollen wir dazu beitragen, dass unseren Interessen Rechnung getragen wird.

Wir wollen Libyen auf dem Weg zurück in die Völkergemeinschaft helfen; dazu hat es Gespräche gegeben. All diese Gespräche haben dem genannten Zweck gedient. Es gibt nichts zu verheimlichen und nichts zu verbergen. Wir haben im Innenausschuss ausführlich darüber gesprochen. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die Zeit der Spekulationen, der Beschuldigungen und Verdächtigungen mit dem heutigen Tag endgültig beendet ist und dass wir in aller Sachlichkeit über die Fragen weiterreden können, die einer Erklärung bedürfen.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Hans-Peter Bartels aus der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu einem Komplex ein paar Worte sagen, der hier noch nicht angesprochen wurde: die Beteiligung von Bundeswehrsoldaten. Genauer gesagt, handelt es sich um einen Hauptfeldwebel der Bundeswehr, einen aktiven Feldjäger, der im März 2006 auffällig geworden ist. Zu diesem Zeitpunkt wurde dem Ministerium bekannt, dass er offenbar versuchte, Kameraden für eine Ausbildungstätigkeit in Libyen anzuwerben, und dass er selbst dort tätig werden wollte.

Das Ministerium hat diesen Vorgang sofort und konsequent aufgearbeitet, und zwar indem die weitere Anwerbung unterbunden wurde. Der Soldat wurde von seinem Dienst suspendiert und bekam Uniformtrageverbot. Ein Disziplinarverfahren wurde eingeleitet. Von diesem Bundeswehrsoldaten und auch von anderen Bundeswehrsoldaten hat es keine Ausbildungstätigkeit in Libyen gegeben.

Es ist wichtig, hier festzuhalten: Einen Komplex Bundeswehr hat es in dem, was tatsächlich stattgefunden hat, nicht gegeben. Den Versuch hat es zwar gegeben, dieser wurde aber durch die Bundesregierung unterbunden.

Es wurde jetzt im Übrigen angekündigt, dass auch der Nebentätigkeitserlass des Ministeriums daraufhin überprüft werden muss, wie genau man erfassen kann, was an Nebentätigkeiten ausgeübt wird. Denn dieser Soldat hatte eine Nebentätigkeitsgenehmigung für Sicherheitsdienstleistungen, aber nicht für diese.

Worüber wir heute reden – ich glaube, das ist in der Aktuellen Stunde deutlich geworden –, ist kein Skandal der Regierung, sondern ein Polizeiskandal. Es ist in der Tat ein Skandal, wie Kollege Wiefelspütz und andere gesagt haben, wenn sich deutsche aktive Polizeibeamte in ihrem Urlaub nicht erholen, sondern ins Ausland fahren, um dort Schulungen durchzuführen, wenn sie sich offenbar krankmelden, um Schulungen durchzuführen, wenn sie Anträge auf Nebentätigkeitsgenehmigung gar nicht erst stellen, weil sie nicht genehmigt werden würden, und trotzdem Schulungen durchführen. Das kann nicht sein. Das ist rechtswidrig. Das muss geahndet werden. Das muss disziplinarisch verfolgt werden. Man muss Mechanismen finden, die so etwas für die Zukunft unterbinden.

Wir haben heute einen bemerkenswerten Konsens herstellen können – das habe ich Reden aus allen Fraktionen, Bundesregierung eingeschlossen, entnommen –: Wir alle sind bereit, auf die neue Situation zu reagieren.

(Wolfgang Nešković [DIE LINKE]: Sie ist nicht so neu! Vor zwei Jahren haben wir schon einen Anfrage gestellt!)

Sie besteht darin, dass Sicherheitsdienstleistungen, von privaten Firmen erbracht, ein Gegenstand von politi-

(C)

(D)

Dr. Hans-Peter Bartels

- (A) scher und rechtlicher Regulierung sein müssen, jedenfalls wenn es um den Export geht.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Sofern es geht! – Wolfgang Nešković [DIE LINKE]: Wir haben schon vor zwei Jahren, und zwar auf Soldaten bezogen, gefragt!)

Wir leben nach dem Ende des Kalten Krieges in einer Welt, in der Gewalt und die Gefährdung von Sicherheit zunehmend von privaten Akteuren, von nichtstaatlichen Akteuren ausgeht. Es gibt eine ähnliche Tendenz bei der Sicherheitsdienstleistung durch private Firmen im Auftrag von Staaten. Ich nenne die USA, die nicht nur im Irak davon Gebrauch machen. Staaten nehmen private Dienstleister für Aufgaben in Anspruch, die wir bisher für öffentliche Aufgaben gehalten haben.

Ich will ausdrücklich feststellen: Wir sind nach wie vor der Auffassung – dabei bleiben wir auch –, dass Sicherheit eine öffentliche Aufgabe ist, insbesondere wenn sie ins Ausland exportiert werden soll. Das wollen wir nicht privatisieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir brauchen eine Regelung dafür. Wenn solche Trainingsmaßnahmen – darüber reden wir jetzt – reguliert werden sollen, dann kommt nur eine Regelung in Betracht, die dem Recht für Rüstungsgüter im Rahmen der Rüstungskontrolle nachempfunden ist, auch wenn es sich eben um eine Dienstleistung handelt.

- (B) (Wolfgang Nešković [DIE LINKE]: Genau das!)

Die Unterscheidung zwischen Gütern und Dienstleistungen wird zunehmend künstlich. Gleiches gilt für die Unterscheidung zwischen Software und Hardware. Manchmal ist die Dienstleistung wichtiger. Es hat einen Exportantrag für 140 SIG-Sauer-Waffen gegeben. Dieser wurde abgelehnt, aber das Training konnte – wahrscheinlich mit anderen Waffen – stattfinden. Es kann nicht sein, dass hier unterschiedlich vorgegangen wird, wobei ich mir durchaus vorstellen kann, dass man hier eine andere Regelung – möglicherweise aus dem Baurecht – findet. Möglicherweise gibt es hier eine vergleichbare Rechtskonstruktion, wie sie sich bei der Übernahme von deutschen wehrtechnischen Unternehmen durch – wie es im Gesetz heißt – gebietsfremde Unternehmen bewährt hat, indem wir sagen, dies muss angezeigt werden. Wer als deutsche Firma eine Sicherheitsdienstleistung im Ausland erbringen will, der muss dies anzeigen. Wenn innerhalb von vier Wochen nichts passiert, dann ist es okay. Wenn die Bundesregierung und das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle widersprechen wollen, dann muss dies innerhalb von vier Wochen erfolgen. Danach gibt es kein Problem mehr. Das könnte ein praktikabler Weg sein. Ich freue mich, dass wir heute offenbar alle zu der Überzeugung gekommen sind, dass wir in Zukunft darüber reden müssen, wie wir in dieser Wahlperiode eine Regelung schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

(C) Das Wort hat der Kollege Johannes Jung für die SPD-Fraktion.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Aber jetzt nicht noch einmal von einem Skandal sprechen, dann schimpft der Kollege Wiefelspütz! – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schon haben Sie es getan!)

Johannes Jung (Karlsruhe) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Königshaus murmelte gerade, „nicht noch einmal von einem Skandal sprechen“.

(Heiterkeit)

Das tue ich im Gegensatz zu Ihnen auch nicht.

(Hellmut Königshaus [FDP]: Ich habe es auch nicht getan!)

Das ist ein interessanter Punkt; denn das Fazit dieser Woche lautet: Von Skandal keine Spur, auch wenn es einigen Kollegen offenkundig anders lieber wäre, weil sie ihren taktischen Plan für diese Woche auf vermeintlichen Skandalen aufgebaut haben. Ich habe noch gut die Fernsehinterviews vom Wochenbeginn vor Augen, in denen einige prominente Mitglieder dieses Hauses ohne Kenntnisse des Sachverhalts auf eine Art und Weise daherschwadroniert haben, die peinlich und unseriös ist; vorneweg ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Westerwelle, der diese Aktuelle Stunde beantragt hat und uns bei dieser nun allein ließ.

(D) (Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Glücklicherweise hat er uns das erspart!)

Auch hier gilt, was gesagt und was nicht gesagt wurde. Ich greife einmal dieses Wort von Herrn Altmaier auf.

Meine Damen und Herren, es sind exakt diese obsessiven Reflexhandlungen, mit denen Teile des politischen Führungspersonals das Gemeinwesen und das Parlament eigenhändig beschädigen. Deshalb sage ich: Schluss mit dieser chronischen Skandalisierung, die wir auch hier wieder erlebt haben! Bleiben Sie bitte auf dem Teppich! Ich war in der Zeit Abiturient, als die libyschen Städte Tripolis und Bengasi bombardiert wurden. Ich war seinerzeit auch als Demonstrant gegen diese Attacken auf der Straße. Das waren die Jahre, in denen Libyen Verbrechen wie den La-Belle-Anschlag beging und in denen der Staatschef getrost als Terrorpate bezeichnet werden konnte. Nach wie vor ist Libyen eines der repressivsten Regime dieser Welt. Immerhin ist Libyen von seiner aggressiven Außenpolitik abgekommen. Herr Staatsminister Erler hat das ausgeführt, und ich pflichte ihm voll und ganz bei.

Unser Interesse in der internationalen Politik ist es, schwierige Staaten wie Libyen, die wahrlich keine freie und demokratische Gesellschaft zulassen und in denen Menschenrechte klar missachtet werden, dennoch in die Weltgemeinschaft zu führen und sie nicht als Outlaws zu isolieren. Das ist auch im Interesse der Menschen in